

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Der Zeitungsgeldwert und in allen Kassen abzulösen

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Osthochsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Bezugspreis für den Monat frei Haus 2 RM. (halbmonatlich 1 RM.); durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: „Arbeiterstimme“, Dresden-Alt. / Geschäftsstelle und Expedition: Südbahnhofstr. 2 / Fernsprech-Sammelnummer 17 250 / Postfachnummer Dresden Nr. 13 553. Emil Schlegel-Schelling: Dresden-Alt. Südbahnhofstr. 2 / Fernspr.: Amt Dresden Nr. 17 250 / Drahtanschrift: „Arbeiterstimme“ Dresden / Verbreitung: Wochentags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareilzeile oder deren Raum 0,20 RM. für Familienanzeigen 0,20 RM. für die Restanzeige anschließend an den dreigespaltenen Textteil 1,25 RM. Anzeigenannahme tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-Alt. Südbahnhofstr. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugsabtrags

3. Jahrgang

Sonntag, den 29. Januar 1927

Nummer 24

Die Regierung der Reaktion gebildet

Die Bürgerblock-Reichsregierung ist gebildet. Im achten Jahre der deutschen Revolution schließt sich die Reaktion zu einem Block zusammen und übernimmt die Staatsmacht. Die feige und arbeiterverräterische Politik der SPD bringt die Früchte ein, die sie geführt hat. Die hiesige und erdbeerste Reaktionspartei erhält die meisten Sitze im neuen Kabinett, sie hat ihre reaktionärsten Vertreter bestimmt. Der „Demokrat“ Gehler, der als Fachminister dableibt, ist aus der Demokratischen Partei ausgestiegen. Die Lage in der Reichswehr erlaubt keinen Wechsel in diesem Ministerium, die Reichswehroffiziere wollen keinen anderen Vertrauensmann.

Das neue Kabinett setzt sich nunmehr wie folgt zusammen:

Reichkanzler: Dr. Marx (Zentrum);
Innenminister u. Vizekanzler: Hergt (Deutschnat.);
Außenminister: Dr. Stresemann (Deutsche Volkspart.);
Wirtschaftsminister: Dr. Curtius (Deutsche Volkspart.);
Finanzminister: Dr. Köhler (Zentrum);
Rechtsminister: Dr. Gehler;
Arbeitsminister: Dr. Brauns (Zentrum);
Justizminister: Graef-Thüring (Deutschnational.);
Ernährungs- und Landwirtschaft: Schiele (Deutschnat.);
Postminister: Stinck (Bavrische Volkspart.).

Das Ministerium für die besetzten Gebiete wird vom Reichkanzler Dr. Marx mitverwaltet.

Der größte Teil der Reaktionen ist der Arbeiterschaft als der größten Schicksalsmacht bekannt. Die Arbeiterschaft hat von diesem Kabinett nur die weitere Verschlechterung ihrer Lage, weiteren Raub ihrer Rechte erwartet. Die Arbeiterschaft muß sich bereit machen, jeden Vorstoß abzuwehren, ja noch mehr, es gilt, dem reaktionären Kabinett die Forderungen der arbeitenden Massen entgegenzustellen. Wir haben diese notwendigen Forderungen schon einige Male aufgeführt. Die wichtigsten dabei sind: die Herabsetzung der Arbeitszeit, die Erhöhung der Löhne. Jetzt gilt es, die Loslösung von den bankrotten Führern der Arbeiterorganisationen im beschleunigten Maße herbeizuführen. 8 Jahre haben die SPD-Führer die Arbeiter von Niederlage zu Niederlage geführt, bis jetzt die Reaktion wieder offen die Regierung übernimmt.

Jetzt heißt es Schluß zu machen mit diesen Vandalentaten.

Die Arbeiterschaft weiß dieses Kabinett einzuschätzen, weiß auch einzuschätzen die Sozialdemokraten, die vor diesem Kabinett schon kapituliert haben. Die Massen der Werktätigen werden sich durch „ihrer Majestät getreue Opposition“ der SPD oder gar der Demokraten, die außerhalb des Kabinetts stehen, um die Mittelschichten weiter bei der Stange zu halten, nicht täuschen lassen.

Die Rote Fahne, das Zentralorgan der KPD, schreibt zur Regierungsbildung: „Die Ministerliste entspricht dem politischen Charakter des Kabinetts. In den wichtigsten Ressorts wurden die schärfsten Reaktionäre, die wilden Feinde der

Arbeiterschaft gewählt. In der Regierung der Republik von Anno 1927 erscheinen die monarchistischen Deutschnationalen als härteste Fraktion mit 4 Ministerposten. Um den Schicksalsmachern der schwarz-rot-goldenen Republik zu unterstehen, wurde von den Deutschnationalen der Innenminister Hergt noch besonders zum Vizekanzler ernannt. Nichts aber kennzeichnet den brutalen Klassencharakter der Bürgerblockregierung mehr, als die Betrauung des deutschnationalen Graef zum Justizminister. Graef gehört zu dem rechten Flügel der Deutschnationalen. Er gilt allgemein als besonderer Vertrauensmann der Völkischen, ein geschworener Feind nicht nur der Kommunisten, sondern der Arbeiterbewegung überhaupt. Jetzt wird auch jedem Arbeiter der § 8 der vom Zentrum ausgearbeiteten Richtlinien zur Regierungsbildung klar, in dem es heißt: „Vorarbeiten gegen alle Erscheinungen und Bestrebungen, die den Aufbau der Republik bezwecken.“ Das Ernährungsministerium wurde in die Hände des deutschnationalen Großgrundbesizers und Landbauführers Schiele gelegt. Unvergessen ist noch in den breiten Massen das proklamatorische Wort des Führers der Deutschnationalen Westarp: „Verhungert bei vollen Scheunen!“ Daß Schiele es nicht nur verstehen wird, die Getreidepreise in die Höhe zu treiben, die Brotpreise noch mehr zu erhöhen, bedarf keiner besonderen Erwähnung. Der Führer der schwarz-weißen Reichswehr Gehler hat nun auch formell seinen Abschied von der Demokratischen Partei genommen, um damit zu bestätigen, daß an dieser Regierung auch dem Namen nach nichts mehr an Demokratie erinnern darf. Die Arbeiterklasse steht vor schwersten Kämpfen. Nichts wäre falscher, als nicht zu erkennen, daß diese Regierung des Bürgerblocks härter ist, als je eine Regierung des Bürgerrechts zuvor. Der sozialdemokratische Parteivorstand, dessen achtjährige Koalitionspolitik diese Situation geschaffen hat, weiß der Arbeiterklasse nichts vorzuschlagen gegen diese Regierung der Gegenrevolution. Dagegen erkärt er im sozialdemokratischen Parteibüro, für die Sozialdemokratie gestalte sich die Situation günstig. In solcher Situation muß die proletarische Einheitsfront zum Satz der konterrevolutionären Reaktion über die Köpfe der Führer hinweg gebildet werden. Die Kommunisten lagern der deutschen Arbeiterklasse und insbesondere den sozialdemokratischen Arbeitern auch in dieser Stunde: Es gibt keinen anderen Weg, der vorwärts führt, als den Weg des Kampfes, des Zusammenschlusses aller proletarischen Kräfte. Viele sozialdemokratische Arbeiter mögen nicht begriffen haben, warum die Kommunisten immer wieder nach der Einheit der Arbeiterklasse, dem Kampf gegen die Bourgeoisie gerufen und sie als erste Voraussetzung für den Erfolg gefordert haben. Jetzt werden sie es begreifen. Die Einheit der Reaktion ist hergestellt, die Einheit des Proletariats noch nicht.

Die Einheit des Proletariats herzustellen, das ist jetzt die entscheidende, die wichtigste Aufgabe.

Heraus zum Kampf für die Einheit der deutschen Arbeiterklasse! Hinweg mit der feigen und verräterischen Republik! Massenmobilisierung für den Sturz der Regierung des weißen Terrors!

Grüne Woche

Der Aufmarsch der Großagrarien
Setzung an den kleinen Bauern

Dresden, den 29. Januar 1928.

Heute beginnt in Berlin die „Grüne Woche“. Jedes Jahr findet dieser Aufmarsch der Bauernschaft in Berlin statt. Die Rundgebung tagt im Zirkus Busch wie in Dresden die Landwirtschaftswoche im „Sarrasani“. Nur dieses Jahr wählte man in Dresden das Vereinshaus. Auf diesen Tagungen werden die Forderungen der Großgrundbesitzer präsentiert und den Kleinbauern mit reichlich patriotischer Aufmachung vorgelesen, das seien die Forderungen der gesamten Bauernschaft. In Berlin findet die Aufzählung der Forderungen logischer mit der Verlesung des Regierungsprogramms statt. Die Großagrarien verstehen es, ihre Veranstaltungen aufzumachen. Die Forderungen sind: Zoll- und Getreidepreiserhöhungen, die Uebernahme des Ernährungsministeriums durch den Minister Schiele wirt schon ihre Schatten voraus. Die Agrarier halten das Getreide zurück, die Preise werden hinaufgetrieben. In Sachsen liegt die Grüne Woche jetzt hinter uns. Es ist interessant, festzustellen, wie es die deutschnationalen Arrangements verstanden, die Empörung der kleinen Bauern nochmals abzulernen. Wenn auch diese gelächelten Komödianten nicht daran denken werden, den Kleinbauern wirklich zu helfen, wenn sie ihre Versprechungen von Anfang an geben in der Hoffnung, daß diese nirgendwo angenommen werden, so schwebte doch über der sächsischen „Grünen Woche“ der Geist der Rebellion der kleinen Bauern und die Aufstärkung und Kampftätigkeit der Kommunisten. Noch auf der vorhergehenden Tagung konnten die Deutschnationalen ungeachtet der Zerfährung der Kleinbauern, den Betrug durchzuführen. Seit der letzten Tagung der Landwirte sind aber deren Räte gewachsen, die großkapitalistische Rationalisierung, die rücksichtslose Ausplünderung der arbeitenden Massen, die schonungslose Interessenvertretung der Großagrarien hat auch vor den kleinen Bauern nicht Halt gemacht. War es den Großagrarien bis jetzt aber immer gelungen, die aus der rücksichtslosen Ausplünderung der Kleinbauern entstehende Empörung mit leeren Redensarten und mit Hinweisen auf die Opferwilligkeit der Landwirtschaft, auf die republikanischen Regierungen abzumachen, ohne daß der kleine Bauer merkte, daß er betrogen wurde, gelang es noch, die Interessen der Kleinbauern und der Großgrundbesitzer ideologisch zu vermengen, so hat die Arbeit des „Bundes der schaffenden Landwirte“ der keinen Einfluß in Sachen immer mehr ausgeübt hat, so hat in der Praxis, im besonderen der „Landwirte Bauernbund“, dieses Lügengewebe und den Schleier vor den Augen der Kleinbauern gründlich zerstört. Auch die kommunistische Landtagsfraktion hat in einer Menge von Anträgen gezeigt, welchen Weg die Kleinbauernschaft gehen muß, sie hat die Forderungen für die Kleinbauern aufgestellt. Seit Jahren verlangte die KPD im Landtag glaslose Kredite für die Entschuldigungen, sie forderte Freilassung der kleinen Landwirte von der Grundsteuer, von der Witzgensteuer, jedoch immer vergebens. Gegen die KPD standen immer sämtliche anderen Parteien des Landtages.

Dennoch aber blieb das Wirken der oben angeführten Organisations und der KPD-Fraktion nicht ohne Wirkung auf die Massen der Kleinbauern. Selbst in den Reihen des Landtages wuchs die Opposition. Die gerissenen Vertreter der Großagrarien sahen sich gezwungen, Konzessionen zu machen, anzuerkennen, daß die Interessen der Kleinbauern andere sind, wie die der Großagrarien. Sie machen das mit der gewohnten Gerissenheit, sie wollen gleich ein Geschäft für die Großagrarien dabei machen. Dennoch aber mußten sie Entwürfe bringen, die dem Empfinden der Kleinbauern entsprachen. Sie haben die kommunistischen Forderungen und nahmen ihnen die Spitze, sie liehen zum Teil das, was wirklichen Wert für die Kleinbauern hat, heraus. Jedoch die Behandlung der Anträge auf der Landtagstagung zeigt erneut die tiefgehende Erregung unter den kleinen Bauernschaft, zeigt den gewaltigen ideologischen Umstellungsprozeß, der sich in der Bauernschaft vollzieht. Die Schranke zwischen Arbeitern und arbeitenden Bauern beginnt zu fallen. Die arbeitenden Bauern beginnen ihre Feinde zu erkennen. Zwischen Großagrarien und Kleinbauern beginnt sich, zwar noch gering, dem großen Teil der Kleinbauern selbst noch nicht zum vollen Bewußtsein kommend, eine Kluft zu öffnen. Der „Deutschnationale Landbau“, bisher unantastbarer Beherrscher der Kleinbauern, ist schon in die Defensive gedrängt. Seine unwahrscheinlichen Entwürfe sind davon der erste Beweis und der Verlust, die Abkehr der kleinen Bauern von der deutschnationalen Politik zurückzuführen. In dieser Beziehung wert die „Grüne Woche“ für uns von ganz besonderer Bedeutung. Wir haben, trotzdem es den Arrangements natürlich gelang, ihr Programm teilungslos durchzuführen, die Erfolge unserer Arbeit. Uns wird das Ansporn zu weiterer Tätigkeit sein, unermüdblich werden wir die Front der Arbeiter und arbeitenden Bauern zusammenschließen.

Auch diese Bauernwoche hatte wieder von schönen Redensarten, Erklärungen wurden angenommen, die zu nichts verpflichten. Um das stark umstrittene Ainerzschickel, das den großagrarischen Herdbuch-Zuchttierbesitzern ein besseres Ansehen eintrümt, ging man herum wie die Rabe um den heißen Brei. Der eigentliche Vorrat des Kinderjuchelers, Despotenrat Köhne, der das Geleg im Vorkulturrat, so besonders Hart befürwortete, hielt einen Vortrag über den Wert der Herdbuchgesellschaft. Er rebete viel von gutem Willkühn, jedoch ver-

Schwärzeste Schulreaktion

Berlin, 29. Januar. (Eigene Drahtmeldung.) Wie von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, ist der Konfessionsvertrag zwischen der katholischen Kirche und der freien Republik bereits fertig. Gleich nach der offiziellen Konstituierung des Bürgerblockkabinetts kann der Vertrag unterzeichnet werden. Nach dem Vertrag soll die Kirche das Recht haben, Einkommungen und Entlassungen von allen Volksschulbehörden nur von ihrer Zustimmung abhängig zu machen. Professoren gewisser Fakultäten der Hochschulen sollen direkt von der Kirche ernannt werden.

Der Unterernährungsminister

Berlin. Die kommende Ernennung des Deutschnationalen Schiele zum Vizekanzler und Ernährungsminister hat auf der Getreidebörsen zu einer starken Anziehung der Preise für Brotgetreide geführt. Wie die Welt am Abend mitteilt, ist märkischer Roggen seit 26. Januar bis heute Abend von 240 auf 261 Mark getrieben worden. Die Junter halten das Abwärtigen Reichsgetreidekaufamt als amtliche Preisstreberei erwarten, da ihnen neue Gelegenheiten für einen Raubzug unter den Bevölkerungsmassen geben wird. Gleichzeitig mit dem Roggen sind auch die anderen Getreidepreise fast um denselben Preis in die Höhe getrieben worden. Die Welt am Abend erinnert an die Vorgänge auf der Getreidebörsen seit Anfang April dieses Jahres, wo mit Hilfe der Reichsgetreidekaufamtstelle die Preise von 150 auf 24 Mark getrieben worden waren.

Der Vatikan an der Arbeit

Berlin. Wie die Vatikanische Zeitung berichtet, wird jetzt auch von der Vatikaner Zeitung bestätigt, daß schon seit der Wahl Benediktus die römische Kurie systematisch und auf verschiedenen Wegen auf das Zentrum eingewirkt hat, um es zu einer Verbindung mit der Rechten und zum Abschluß eines Konkordats mit Hilfe der Rechten zu bewegen. Gleichzeitig teilt die Vatikanische Zeitung mit, daß die Demokraten endgültig Opposition-

stellung bezogen hätten, nachdem in der Frage der Schulgehalte der Reichsanstalt erklärt habe, daß nach Veröffentlichung der Richtlinien demokratische Vorschläge nicht mehr annehmbar seien. Marx habe sich nur darauf beschränkt, den demokratischen Unterhändlern die Unbedenklichkeit der vorliegenden Richtlinien nachzuweisen.

Hakenkreuzbanditen wütern Morgenluft

Berlin. Gestern Abend überfielen gegen Mitternacht Hakenkreuzer Mitglieder der Kommunistischen Partei in der Warschauer Straße. Die gutbewaffneten Nationalisten griffen die unbewaffneten Arbeiter mit Messern, Revolvern und Pistolen an, so daß der 20-jährige Arbeiter Kurt G. aus der Fruchtstraße 50 einen Messerstich in die Herzgegend erhielt. Der 21-jährige Arbeiter Walter B. aus der Memeler Straße 61 fünf Kopfverletzungen und einen Messerstich im Rücken, der 23-jährige Laborant Erhard A. aus der Warschauer Straße 27 einen Streifschuß am Bauch und der 23-jährige alte Bäcker Will A. Köhnberger Straße 35, mehrere Kopfverletzungen. Die Arbeiter mußten ins Krankenhaus gebracht werden. Dreizehn Wälfische wurden endlich von einem viel zu spät eintreffenden Polizeikommando verhaftet.

Die Erwerbslosigkeit steigt

Berlin, 28. Januar. (Telunion.)

Die Zahl der männlichen Hauptunterstützungsempfänger ist in der Zeit vom 1. bis 15. Januar von 1 472 000 auf 1 551 000, die der weiblichen von 275 000 auf 283 000, die Gesamtzahl von 1 747 000 auf 1 834 000 gestiegen. Die Gesamtzunahme betrug 87 000 Personen oder rund 5 Prozent. Die Zahl der Zuschlagsempfänger ist von 1 067 000 auf 2 078 000 gestiegen. In der zweiten Dezemberhälfte hatte die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger um 275 000 oder rund 19 Prozent zugenommen.